DJG-Notizen!

Ausgabe 2/2023

Info-Brief der Bundesleitung für Mitglieder

Behindertenparkplätze

Nutzung von Behindertenparkplätzen: neue Rechtsprechung
Seite 5

Fachbereichstagungen

Berichte
Seite 6, 7 und 8

Bundesgewerkschaftstag?

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus ...
Seite 2

Mitglied im dbb Beamtenbund und tarifunion

DEUTSCHE JUSTIZ-GEWERKSCHAFT BUND e.V.

Bundesleitung:

Bundesgewerkschaftstag 20./21.11.2023

Der Bundesgewerkschaftstag der DJG findet am 20./21. November 2023 in Königslutter am Elm statt. Gewerkschaftstage sind ein wichtiges Ereignis für Gewerkschaften in Deutschland, so auch für die Deutsche Justiz-Gewerkschaft. Der Bundesgewerkschaftstag ist das höchste Gremium unserer Gewerkschaft.

Der Bundesgewerkschaftstag ist ein wichtiger demokratischer Prozess, der die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder repräsentiert und ihnen eine Plattform bietet, um ihrer Stimme Gehör zu verschaffen und gemeinsame Ziele zu verfolgen.

Die Vorbereitungen sind seit Ende Januar im vollen Gange. Im November 2023 werden, neben weiteren Gästen aus Politik und des DBB, 112 Delegierte, Gastdelegierte und Ehrenmitglieder zu dem Event, das gemäß Satzung nur alle 5 Jahre stattfindet, erwartet. Bis dahin gibt es noch viel von „A“ wie Anzeigen bis „Z“ wie (Stimm-) Zettel zu organisieren.

geplanter Ablauf:

So., 19.11.2023	09.00 – 12:00 Uhr	Bundesvorstandssitzung
	ab 14:00 Uhr	Tagungsbüro: Anreise Delegierte und Gäste
	19:00 Uhr	Abendessen
	ab 20:30 Uhr	Abendveranstaltung
Mo., 20.11.2023	8.30 – 13.00 Uhr	Gewerkschaftstag (Neuwahlen)
	13.30 Uhr	Mittagessen
	14.30 Uhr	Öffentliche Veranstaltung
	ca. 17.00 Uhr	Empfang
	19.00 Uhr	Abendessen mit Abendveranstaltung
Die., 21.11.2023	09.00 Uhr	Gewerkschaftstag: Anträge
	12:00 Uhr	Mittagessen und Abreise

Bundesleitung:

Bericht von der Sitzung des dbb-Bundesvorstandes in Hannover

Vom 19.06.23 bis 20.06.23 fand die jährliche Sommersitzung des dbb-Bundesvorstandes in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover statt

Die Schwerpunkte der diesjährigen Sitzung waren neben den obligatorischen internen Haushalts- und Organisationsfragen die Themen zur Gesellschaftspolitik und zu den Zukunftsfragen.

Untenstehend eine kurze Zusammenfassung der Tagesordnungspunkte mit ebenso kurzen Ergänzungen. Gerne kann hier auf Nachfrage an die DJG-Geschäftsstelle weitergehende Auskunft nach Bedarf gegeben werden. Hier also die besprochenen Themen:

- Ein dbb-Positionspapier zum Thema „Wertschätzung für den öffentlichen Dienst – Gegen Hass und Hetze – Haltung zeigen!“ soll erarbeitet werden.
- Ferner beteiligt sich der dbb in einer Arbeitsgruppe des BMI an einer Diversitätsstrategie für die Bundesverwaltung. Hier sollen Ansätze und Regelungen bezüglich einer ganzheitlichen „Diversity-Strategie mit konkreten Fördermaßnahmen, Zielvorgaben und Maßnahmen für einen Kulturwandel in der Personalpolitik der Bundesverwaltung" erarbeitet werden.
- Des weiteren wurden im Bereich der Europa- und Kommunalpolitik diverse Entschließungen formuliert.
- Im Bereich Sozialpolitik hat der dbb über den Stand des Gesetzgebungsverfahrens seine Mitglieder informiert sowie seine eigene Positionierung dargelegt. Für die Arbeit der Personalräte hat sich der dbb mit der Beurteilung der Personalratsarbeit im Kontext der Bewertung durch den Dienstherrn beschäftigt. Stichwort: „Personalratsarbeit darf kein Karrierekiller sein!“
- In den Bereich der Mitbestimmung fiel auch ein weiteres Thema, die Evaluierung des novellierten Behindertengleichstellungsgesetzes (BGB) – Ergebnisse für die Schwerbehindertenvertretung. Der Bericht kommt für die Schwerbehindertenvertretungen zu folgenden Ergebnissen:
  - ◊ Die Schwerbehindertenvertretungen sollten ein Klagerecht nach§ 15 BGG gegen ihre Dienststellen erhalten bei Verstößen gegen das BGG, die die schwerbehinderten Beschäftigten der Dienststelle betreffen.
  - ◊ Das Schlichtungsverfahren nach § 16 BGG sollte für Schwerbehindertenvertretungen bei Benachteiligungen geöffnet werden, die die schwerbehinderten Beschäftigten ihrer Dienststelle betreffen.
  - ◊ In § 178 Abs. l Satz 2 SGB IX sollte als Teil der Aufgaben der Schwerbehindertenvertretung festgeschrieben werden, darüber zu wachen, dass die Vorschriften des Behindertengleichstellungrechts und zur Barrierefreiheit durch daran gebundene Arbeitgeber eingehalten werden.

Aus der **Fachkommission „Innere Sicherheit“** des dbb, in der die DJG ebenfalls durch ihren Bundesvorsitzenden vertreten ist, wurden folgende Themen im Rahmen der dbb-Bundesvorstandssitzung behandelt:

- Polizeiliche Kriminalstatistik 2022
- Statistik über politische motivierte Kriminalität im Jahr 2022 (bundesweite Fallzahlen)
- Gesetzentwurf Cannabis-Legalisierung
- Resilienz der Sicherheitsbehörden in Krisenzeiten

Darüber hinaus wurden weitere gesellschafts- und gewerkschaftspolitische Themen mit Relevanz diskutiert, u. a. die Stellungnahme des dbb zum Diskussionsentwurf des BMF zum Entwurf eines Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz.

Als Gast zu der dbb-Bundesvorstandssitzung war der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) erschienen, der zu den Mitgliedern des dbb-Bundesvorstandes sprach. Der niedersächsische Ministerpräsident betonte in seinem überzeugenden Grußwort u. a. die die wichtige Rolle des Berufsbeamtentums und bekannte sich zu einer unerlässlichen Stärkung des öffentlichen Dienstes – gerade in vorherrschenden Krisenzeiten.

Die nächste Sitzung des dbb-Bundesvorstandes findet vom 27.11.23 bis 28.11.23 in Berlin statt.

Emanuel Schmidt
Bundesvorsitzender

Bundesleitung:

Achtung: Rentner unterwegs

Lieber „WeeDee“,
wie wir Dich in der Bundesleitung nennen dürfen, nun hast Du es, nach vielen Jahren harter Arbeit in der Justiz, in den Kreis der Rentner geschafft und Dich als aller erstes im Rentnerleben auf „Rentiertour“ nach Norwegen begeben!!
Wie Du uns schon verraten hast, wirst Du in der kommenden Legislaturperiode nicht mehr für die Bundesleitung kandidieren. Daher haben wir einen Vorschlag für Dich: Die Seniorenabteilung der DJG hat noch Plätze für einen OBER-COOLEN Rentner frei und möchte unbedingt von Dir aufgemischt werden ;-)
Da Du ja ITLer warst, haben wir ***CHAT GPT*** nach Deinem Renteneintritt befragt und folgende Antwort erhalten: *„Als Mitglied der DJG können Sie von spezifischen Informationen und Unterstützung in Bezug auf Ihre Rente profitieren. Die Gewerkschaft kann über die aktuellen gesetzlichen Bestimmungen und mögliche Sonderregelungen informieren, die für Beschäftigte im Justizbereich gelten. Sie können Ihnen bei Fragen zur Berechnung Ihrer Rentenansprüche behilflich sein und Ihnen möglicherweise auch individuelle Beratung und Unterstützung anbieten.*
Es ist wichtig zu beachten, dass sich die gesetzlichen Bestimmungen und Regelungen zur Rente ändern können. Es wird empfohlen, sich regelmäßig über aktuelle Entwicklungen zu informieren und bei Fragen und Anliegen direkt mit der DJG oder den entsprechenden Rentenbehörden in Kontakt zu treten.“

Lieber Wolf-Dieter, für den neuen Lebensabschnitt wünschen wir Dir alles Gute und dass Du der DJG noch viele Jahre treu bleibst.

Deine Bundesleitung

Bundesleitung:

EU-Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2023

Der jährliche Bericht der EU-Kommission, der mittlerweile in der 4. Ausgabe erscheint, ordnet die Lage der Rechtsstaatlichkeit in den EU-Staaten anhand der Themenbereiche „Justizsysteme“, „Rahmen für die Korruptionsbekämpfung“, „Medien-pluralismus“ und „institutionelle Fragen im Zusammenhang mit der Gewaltenteilung“ ein.

Im Bereich der Justizreformen werde die Unabhängigkeit der Justiz in vielen Ländern gestärkt, wobei in einigen Mitgliedstaaten weiterhin strukturelle Bedenken herrschen. Positiv hervorgehoben wird die Steigerung der Effizienz, der Qualität und der erleichterte Zugang zur Justiz. Trotzdem bestehe im Hinblick auf die Vergütung von Mitarbeitenden der Justizressorts weiterhin Sorge,.

Die Kommission stellt in ihrem Bericht fest, dass die deutsche Justiz effizient funktioniert und in der Öffentlichkeit als sehr unabhängig wahrgenommen wird.
Der Grad der Digitalisierung der deutschen Justiz sei insgesamt sehr gut. Kritisch wird die personelle Ausstattung der Justiz angemerkt. Die Kommission empfiehlt der Bundesregierung: „... seine Bemühungen zu intensivieren, angemessene Ressourcen für das Justizsystem bereitzustellen ...“. Außerdem soll sie sich weiterhin um ein Lobbyregister der Interessensvertreter, die Einfluss auf Gesetzestexte nehmen, bemühen. Solche Aktivitäten sollen überwacht und rückverfolgt werden.
Um die Freiheit der Medien zu sichern, soll ein Auskunftsrecht der Presse gegenüber den Bundesbehörden geschaffen werden.
Ausbaufähig seien zudem die Regelungen zur Aufnahme von Tätigkeiten nach Ausscheiden aus hohen öffentlichen Ämtern, sei es in der Beamtenschaft oder aus der Bundesregierung (sog. Karenzzeiten). Erheblicher Nachholbedarf besteht bezüglich der Anpassung zur Steuerbefreiung von gemeinnützigen Organisationen. Hier hat die Bundesregierung bislang keine Initiative ergriffen.

Die im Bericht enthaltenen Empfehlungen sind für Mitgliedsstaaten nicht verbindlich.

Bundesleitung:

Einkommensrunde 2023

Die nächste Einkommensrunde (EKR) wird auf Grund der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtsituation sehr fordernd werden. Dabei ist eins schon sicher: In dieser Runde wird uns nichts geschenkt!
Mitte Oktober beschließt die Bundestarifkommission die Forderungen. Im Anschluss daran wird in 3 Runden verhandelt.

Wir können uns jetzt schon auf sehr zähe Verhandlungen und möglicherweise auch auf längere Streiks einstellen, so die Arbeitgeberseite nicht beizeiten einlenkt.

Die Mitglieder der dbb Mitgliedsgewerkschaften werden sich dieses Mal, anders als in den vergangenen Jahren, im September in sog. Regionalkonferenzen treffen und sich zu der aktuellen Lage und natürlich zur kommenden EKR im Oktober/ November '23 einschwören.

dbb:

VersichertenberaterIn gesucht

Derzeit beraten deutschlandweit über 2.600 Versichertenberaterinnen und Versichertenberater wohnortnah Versicherte, Rentnerinnen und Rentner der Deutschen Rentenversicherung Bund. Sie unterstützen diese zum Beispiel beim Ausfüllen von Anträgen oder leiten Rentenanträge an die Rentenversicherung weiter.
Die Rentenversicherung schult die Versichertenberaterinnen und Versichertenberater bei Aufnahme des Ehrenamtes und bereiten sie auf ihre Tätigkeit umfassend vor. Rentenrechtliche Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
Das Amt wird für die kommenden sechs Jahre vergeben. Wählbar sind alle bei der Deutschen Rentenversicherung Versicherte und Rentenbezieher/-innen, die mindestens 18 Jahre alt sind und ihren Hauptwohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Mehr Informationen unter:
Versichertenberaterinnen und Versichertenberater gesucht (dbb.de)

Aus der Rechtsprechung:

Gehunfähigkeit im öffentlichen Verkehrsraum ist maßgeblich für die Nutzung von Behindertenparkplätzen

Pressemitteilung vom 10.03.2023

Der 9. Senat des Bundessozialgerichts hat am 9. März 2023 entschieden, dass für die Zuerkennung des Merkzeichens aG und damit die Nutzung von Behindertenparkplätzen die Gehfähigkeit im öffentlichen Verkehrsraum maßgeblich ist. Kann der schwerbehinderte Mensch sich dort dauernd nur mit fremder Hilfe oder mit großer Anstrengung außerhalb seines Kraftfahrzeuges bewegen, steht ihm das Merkzeichen aG zu (wenn auch die weiteren Voraussetzungen erfüllt sind). Eine bessere Gehfähigkeit in anderen Lebenslagen, etwa unter idealen räumlichen Bedingungen oder allein in vertrauter Umgebung und Situation, ist für dessen Zuerkennung grundsätzlich ohne Bedeutung.

Im zuerst verhandelten Fall (Aktenzeichen B 9 SB 1/22 R) leidet der Kläger unter anderem an einer fortschreitenden Muskelschwunderkrankung mit Verlust von Gang- und Standstabilität. Zwar ist ihm das Gehen auf einem Krankenhausflur möglich. Eine freie Gehfähigkeit ohne Selbstverletzungsgefahr im öffentlichen Verkehrsraum mit Bordsteinkanten, abfallenden oder ansteigenden Wegen und Bodenunebenheiten besteht aber nicht mehr. Das Bundessozialgericht hat in diesem Fall die erste Voraussetzung für das Merkzeichen aG, eine erhebliche mobilitätsbezogene Teilhabebeeinträchtigung, als erfüllt angesehen. Da das Bundessozialgericht nicht abschließend entscheiden konnte, ob auch die zweite Voraussetzung erfüllt ist, wonach gerade die mobilitätsbezogene Teilhabebeeinträchtigung einem Grad der Behinderung von 80 entsprechen muss, wurde der Rechtsstreit an das Landessozialgericht zurückverwiesen.

Der Kläger des zweiten Verfahrens (Aktenzeichen B 9 SB 8/21 R) kann infolge einer globalen Entwicklungsstörung nur in vertrauten Situationen im schulischen oder häuslichen Bereich frei gehen, nicht jedoch in unbekannter Umgebung. Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass dem Kläger das Merkzeichen aG zusteht. Der auf volle, wirksame und gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Menschen am Leben in die Gesellschaft gerichtete Sinn und Zweck des Schwerbehindertenrechts umfasst gerade auch das Aufsuchen veränderlicher und vollkommen unbekannter Einrichtungen des sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Die Gehfähigkeit ausschließlich in einer vertrauten Umgebung steht der Zuerkennung des Merkzeichens aG nicht entgegen. Die mobilitätsbezogene Teilhabebeeinträchtigung des Klägers entspricht auch einem GdB von 80.

Quelle: Pressestellte des Bundessozialgerichts

Fachbereich: mittlerer Dienst

Arbeitstagung 2023

Der Fachbereich mittlerer Dienst traf sich zur diesjährigen Sitzung vom 22. – 24.06.2023 in Königslutter. Die Anreise der Teilnehmer erfolgte aus 9 Bundesländern.

Nach der Begrüßung durch die Fachbereichsleitung, stellten sich die Teilnehmer untereinander vor. Die Reihenfolge der 10 Tagesordnungspunkte wurde nach Prioritäten sortiert. Zum Punkt FB-Ordnung war eine Videokonferenz mit dem Kollegen Bernd Spaniol (FB Rechtspfleger) geplant.

Zur Erstellung einer FB-Ordnung lagen uns die Entwürfe des Fachbereichs Rechtspfleger, des Landesverbandes NRW und der noch gültigen Fachbereichsordnung vor. Daraus sollte eine neue Fachbereichsordnung erarbeitet werden, die dann als Antrag an den Bundesgewerkschaftstag gestellt werden soll.

Beim gemeinsamen Kegeln des Fachbereiches, bzw. bei dem allabendlichen Zusammentreffen wurde sich reichlich ausgetauscht und auch das ein oder andere Kaltgetränk vernichtet.

Weitere Themen der Fachbereichssitzung waren die Anträge an den Gewerkschaftstag, der Umgang mit Stellungnahme zu Gesetzesentwürfen auf Bundesebene, Abwerbungen von Einzelmitgliedern aus den ddb-Fachgewerkschaften, die Umsetzung des BAG Urteils und Ihre Folgen, die allgemeine Personalsituation, Aufgabenübertragung und die Einführung der E-Akte.

Dirk Biegel
Fachbereichsvorsitzender

Fachbereich: Wachtmeister

Aufstellen für die Zukunft

Die Fachgruppe Justizwachtmeister traf sich vom 03.07.-05.07.2023 in fast vollständiger Anzahl wieder einmal in Königslutter am Elm.
Schwerpunktthema in dieser Sitzung war der anstehende Gewerkschaftstag der DJG-Bund und somit die Erstellung von Anträgen, die dann über die Landesverbände an den Bund weitergeleitet werden sollten.
Begleiten wird uns in allen weiteren Sitzungen immer noch das Thema Ausbildung und somit die Eingruppierung bzw. Besoldung der Kollegen/innen, auch wenn es so aussieht das sich in einigen Bundesländern etwas bewegt, liegt insgesamt noch viel Arbeit und Überzeugungskraft vor uns.

Weiter ging es dann mit der Frage, inwieweit sich der elektronische Rechtsverkehr in den einzelnen Ländern auf die Wachtmeistereien auswirkt, auch in Bezug auf Personalstärke und die Priorität von Sicherheit und Ordnung im Gegenzug zum Elektronischen Rechtsverkehr.

Erfreulich war im Bereich der Ausstattungen zu berichten das es dort immer wieder zu Verbesserungen und Neuerungen und somit einer Aufwertung des Berufszweiges beiträgt.

Weitere Themenpunkte waren die anstehenden Tarifverhandlungen, die Gewalt im öffentlichen Dienst (Übergriffe), schlechte Qualität der Dienstkleidung, sowie die Nachwirkungen der Corona Pandemie.

Neben dem bunten Blumenstrauß an vielen Themen und den daraus resultierenden Diskussionen, lebt die Arbeit in der Fachgruppe überwiegend von dem Austausch der Mitglieder aus den vielen Bundesländern.

Für die Zukunft sollen die Themengebiete Frauen in den Wachtmeistereien, Elektronischer Rechtsverkehr (Telearbeit in der Wachtmeisterei) und die Sicherheitslage in den Gerichten und Staatsanwaltschaften angesprochen und weiter intensiver bearbeitet werden.

Die Zeit war wieder viel zu kurz und die Kollegen/innen freuen sich schon auf das Treffen im nächsten Frühjahr. Die Planungen dazu laufen schon!

Marko David
Fachbereichsleiter

Fachbereich: Senioren

Arbeitstagung 2023

Unsere Arbeitstagung 2023 zog uns nach Mecklenburg-Vorpommern, in die schöne Hansestadt Stralsund, die uns mit strahlendem Sonnenschein begrüßte.
Viele Themenkomplexe hatten wir im Gepäck, die es zu bearbeiten galt. Selbstverständlich war unser Ziel diese in Anträge für den Bundesseniorenkongress, der im Oktober 2023 in Berlin stattfindet, zu formulieren, und damit zum Arbeitsbestandteil des künftigen Gremiums zu machen.

Generell stellten wir die Ungleichbehandlung der Seniorinnen und Senioren beim
Inflationsausgleich und bei angedachten Gesundheitsprüfungen der Fahrtauglichkeit fest sowie bei der Altersbegrenzung der Tätigkeit als Schöffinnen und Schöffen. Wir sprachen über die Krankenhausreform und die lokal sehr unterschiedlichen öffentlichen Verkehrsbedingungen speziell im ländlichen Raum, über den vielerorts bis auf Null geschrumpften Servicebereich, der auf die Nutzung von digitalen Medien verweist und es damit vielen unseren Mitgliedern schwer macht, am gesellschaftlichen, kulturellen oder sonstigen Bildungs-Geschehen teilzuhaben.
Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes steigen in Deutschland die Zahlen der Menschen im Renten- und Pensionsalter sowie die Lebenserwartungen zukünftig weiter stark. Deshalb sollte besonders auf die Gesundheits- und Pflegefürsorge sowie auf mögliche gesundheitliche Einschränkungen bereits in jungen Jahren vorgesorgt werden. Eines interessanten und sehr informativen Gesprächs – Vortrag über viele Bereiche der Vorsorgemöglichkeiten und Neuerungen zur persönlichen Absicherung erfuhren wir durch den Geschäftsstellenleiter der debeka in Stralsund, Herrn Urbig. Dafür nochmals von hier, unseren herzlichen Dank. **Übrigens:** Informationsmaterial liegt in jeder Debeka-Dienststelle bereit.

Ein besonderes Erlebnis war die Führung durch die Justizvollzugsanstalt Stralsund durch den Anstaltsleiter, der über die Aufgaben, die Struktur und die Entwicklungsmöglichkeiten der Inhaftierten informierte. Wir hatten die Möglichkeit, nicht nur in einzelne unbelegte Zellen und die sogenannte „Ausnüchterungszelle“ zu sehen, sondern auch die Werkstätten und damit die Beschäftigungsmöglichkeiten der Insassen. Sehr beeindruckend, mit welchem Engagement diese JVA geleitet wird.
Natürlich streiften wir kurz das Amtsgericht und erfreuten uns ein paar Stunden an der Schönheit der Insel Hiddensee.

Unser Dank gilt Bernd Kammermeier, dem Landesvorsitzenden der DJG, der uns herzlich in der Tagungsstätte begrüßte und natürlich Sonja Reich, die die Organisation unseres Aufenthalts in ihrer schönen Hansestadt so hervorragend organisiert hatte.

Im kommenden Jahr wollen wir unsere Tagung in Erfurt abhalten, der Stadt, die wir bereits zweimal aufsuchen wollten und jedes Mal wegen der Coronapandemie absagen mussten. Aber da ein Dritter Versuch erlaubt ist – riskieren wir ihn!

Sabine Wenzel
Vorsitzende Fachbereich

Aus den Landesverbänden ...

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Im Gespräch mit Minister Karl-Josef Laumann

Am 09.03.2023 traf Günter Uhlworm, stellvertretender Landesvorsitzender der DJG Herrn Arbeits- und Sozialminister Karl-Josef Laumann sowie die Beauftragte der Landesregierung für Behinderte und Patientinnen und Patienten, Frau Claudia Middendorf im Landtag von NRW zu einem Gespräch über die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag für Menschen mit Behinderung.

Günter Uhlworm forderte aufgrund der seit vielen Jahren sinkenden Beschäftigungsquote von schwerbehinderten Menschen in der Landesverwaltung (am 1.4.2021 0 6,02 %) noch mehr Engagement bei der Neueinstellung von schwerbehinderten Menschen in die Landesverwaltung. Die Vorgabe 5 % der Neueinstellungen mit schwerbehinderten Menschen zu besetzen ist sicherlich schwer zu erreichen waren sich Herr Minister Laumann und Günter Uhlworm einig. Darum wurde beschlossen einen Sensibilisierungsworkshop durch die Landesbehindertenbeauftragte Claudia Middendorf zu veranstalten und Führungskräfte aus allen Bereichen zu schulen, um durch höhere Akzeptanz zu mehr Neueinstellungen zu kommen. Es soll über positive Beispiele, wie die Überführung von Außenarbeitsplätze (Praktikantenplätze) auf reguläre Arbeitsplätze mit Unterstützung von LVR und LWL und dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales informiert werden.

Günter Uhlworm forderte Herrn Minister Laumann auf bei der Einführung der pauschalen Beihilfe in Höhe des jeweiligen Arbeitgeberbeitrages zu einer Krankenvollversicherung die Bestandsbeamten nicht zu vergessen, die schon seit Jahren den vollen Beitrag zahlen und auf Beihilfe verzichten. Laut Koalitionsvertrag soll dies nur am Anfang des Beamtenverhältnisses möglich sein.

Einig waren sich alle, dass im Ministerium des Innern des Landes NRW eine neue Stelle zur Koordinierung der Inklusion in der Landesverwaltung geschaffen werden soll. Herr Laumann wird diesbezüglich mit Herrn Reul über die Erforderlichkeit der Haushaltstelle Gespräche führen, damit dies schnell umgesetzt wird.

Weitere Gespräche werden nach Beendigung aller Neuwahlen der Haupt- und örtlichen Schwerbehindertenvertretungen folgen.

Günther Uhlworm
stv. Landesvorsítzender

Harald Knepper ist verstorben

Harald Knepper ist überraschend mit 72 Jahren verstorben. Wir trauern um einen Gewerkschafter mit Herzblut. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie und insbesondere seiner Frau Marion Küster, die ihm nicht nur privat, sondern auch bei seinem gewerkschaftlichen Engagement zur Seite stand.

Wenn Harald etwas gemacht hat, dann mit Leidenschaft. Er liebte und lebte seinen Beruf als Bewährungshelfer, so dass er sich eine außergewöhnliche Kompetenz aneignete. Mit Überzeugung engagierte er sich gewerkschaftlich. Zunächst im Landesverband der Sozialarbeiter in der Strafrechtspflege (LVS) und so wurde er mit zum Wegbereiter und -begleiter bei der Aufnahme in die Deutsche Justiz Gewerkschaft (DJG). Folgerichtig war er viele Jahre Fachbereichsleiter der Fachgruppe Soziale Dienste. Doch damit nicht genug, Harald ließ sich von 2008 bis 2012 in die Bundesleitung der DJG wählen und wirkte auch dort positiv auf die Fortentwicklung der DJG ein.

Der Fachbereich Soziale Dienste und die DJG selbst sind Harald zu großem Dank verpflichtet. Harald, Du wirst uns persönlich und der DJG fehlen.

Mit stillem Gruß
Landesvorstand DJG Nordrhein-Westfalen

dbb –brandenburg

dbb-Senioren auf Entdeckungstour

Freie und Hansestadt Bremen – ein „Schmuckkästchen“ an der Weser

Neues zu entdecken, Kontakte zu festigen oder zu knüpfen, Freundschaften zu schließen und Einladungen anderer Landesverbände freudig zu folgen – zeichnet unsere Brandenburger Senioren aus. Auch dafür sind wir inzwischen bekannt.
Als uns die Einladung zu einer Schifffahrt auf der Weser erreichte, zögerten wir nicht. 32 dbbSenioren aus mehreren Bundesländern unter Führung der Senioren aus Brandenburg, machten sich auf den Weg in die Freie Hansestadt Bremen.
Karl-Heinz Buchfink vom VBB (Verband der Beamten und Beschäftigten der Bundeswehr) ermöglichte es, dass unser erstes gemeinsame Treffen mit Senioren aus Bremen am 16 Juni in der Scharnhorst Kaserne stattfinden konnte, die Kantine nur für uns öffnete und die „Pfannen auf den Herd“ gestellt wurden. Welch länderübergreifende Wertschätzung!

Die ursprünglich geplante Führung durch den U-Boot-Bunker „Valentin“, der während des Zweiten Weltkrieges unter Einsatz von Zwangsarbeitern errichtet wurde und das größte Rüstungsprojekt der Kriegsmarine war, wurde leider kurzfristig abgesagt. Hier sollten alle 56 Stunden U-Boote vom Stapel laufen, als einzigartiges und unübersehbares Relikt der NS-Rüstung für den Seekrieg. Seit 2005 steht der Bunker unter Denkmalschutz als ein Ort der Erinnerung an die Verbrechen der NS-Herrschaft.
Was aber wäre eine Reise ohne Stadtführung? Unter zwei sach - und fachkundigen Stadtführerinnen teilte sich die Gruppe auf und erhielt ausführliche Informationen zur Geschichte der Stadt und der Entstehung der unterschiedlichen – immer fußläufig erreichbarer – Stadtzonen sowie die Besonderheiten unterschiedlicher Bauwerke. Auf dem Marktplatz vor dem

Rathaus als Symbol für die Freiheiten und Rechte der Stadt Bremen steht der älteste erhaltene steinerne Roland und ist seit 2004 gemeinsam mit dem Rathaus von der UNESCO zum Weltkulturerbe der Menschheit erklärt worden.
Das durch das Volksmärchen der Brüder Grimm bekannteste Wahrzeichen der Stadt sind natürlich die Stadtmusikanten, die als Statue ebenfalls am Rathaus zu finden ist und von Touristen „umlagert“ wird. Das gleichzeitige Berühren der Füße des Esel soll Glück bringen und Wünsche erfüllen. Wir durchstreiften die Böttcherstraße, die imposant Architektur mit Handel, Kunst, Kultur und Genuss vereint, lauschten am „Haus des Glockenspiels“ mit 30 Meißner Porzellanglocken dem besonderen Spektakel, da zu bestimmten Zeiten die Glocken erklingen und sich dazu 10 geschnitzte Holztafeln zeigen. Ein absolutes Highlight der Stadt und älteste Quartier mit einzigartiger Atmosphäre ist das SCHNOOR mit seinen vielen kleinen Gässchen, interessanten Geschäften, Cafés und Raritäten.
Der St. Petri-Dom ist ein weiteres beeindruckendes Bauwerk am Bremer Marktplatz .
In der Bleikammer der Ostkrypta des Doms wurden um 1690 bei Arbeiten Mumien entdeckt, die zur damaligen Zeit eine Sensation waren und noch heute eine Besonderheit des Museums sind.
Berühmt auch die Sauer-Orgel im St. Petri-Dom mit ihren 6.000 Pfeifen.
Der Domorganist Stephan Leuthold erläuterte nicht nur die Funktionsweise der Sauer-Orgel, sondern ließ uns auch unmittelbar hinter ihm an seinem Orgelspiel teilhaben. Neben der Musik waren die tänzelnden Fußbewegungen zum Bedienen der Register durch Pedale mit gleichzeitigem Fingerspiel über mehrere Reihen am Spieltisch außerordentlich beeindruckend.

Die „MS Friedrich“ Baujahr 1880 – das älteste, betriebsfähige und noch in Fahrt befindliche Schiff auf der Weser, hieß uns **Willkommen an Bord** und schipperte die Gruppe drei gemütliche Stunden über die Weser. Begleitet durch Karl-Heinz Buchfink (Kalle), Sonne, Wind, aufschlussreichen Gesprächen und interessanten Bauwerken rechts und links der Weser verging die Zeit wie im Fluge.

Durch unseren Aufenthalt in Bremen und die Begegnungen mit den dortigen Senioren haben sich erneut gemeinsame Interessen manifestiert. Wie wertvoll derartige Gedanken- und Meinungsaustausche neben den touristischen Erlebnissen sind, konnten wir ein weiteres Mal feststellen und bekräftigen.
Wir sind eben eine tolle dbb-Familie!
Unsere Einladungen an die Senioren aus Bremen und Bremerhaven in unser schönes Brandenburger Land zu kommen, erneuerten wir und bedankten uns bei Karl-Heinz Buchfink und Ralf Manning für die Möglichkeit des Kennenlernens der Stadt Bremen, der Schifffahrt auf der Weser und den neuerlichen Kontakten.

Sabine Wenzel
Seniorenbeauftragte des dbb landesbund

Landesverband Thüringen

Podiumsdiskussion im Thüringer Landtag

Der Vorstand der Deutschen Justizgewerkschaft vertreten durch die teilnehmenden Vorstandsmitglieder Ronny Mohr und Angelika Schirmer hat am 07. Juni 2023 an einer Veranstaltung der CDU Thüringen zum Thema

„Für einen starken und durchsetzungsfähigen Rechtsstaat“

im Thüringer Landtag teilgenommen.

Mittelpunkt der Podiumsdiskussion waren u. a. folgende Themen:

- Justizpolitik muss wieder Kernaufgabe sein,
- Leistungsfähigkeit durch qualifiziertes Personal garantieren,
- Berufe im Justizvollzug attraktiver gestalten,
- Justiz digital und bürgernah gestalten,
- Erhalt aller Justizstandorte,
- Erhalt freier Berufe.

Unter den Teilnehmern fanden sich Frau Staatssekretärin Herz und der Abteilungsleiter 1 des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Richter und Staatsanwälte.

Nach der Begrüßung und den einleitenden Worten von Prof. Dr. Mario Voigt, Vorsitzender der CDU-Fraktion Thüringen und nach einem Impulsvortrag von Prof. Dr. Peter M. Huber, Thür. Innenminister a.D. und Verfassungsrichter a.D. stieg man in die Podiumsdiskussion ein. Im Podium fanden sich Vertreter der Thüringer Justiz, der Vorsitzende des LaRiStaR, Herr Holger Pröbstel und die Präsidentin des LG Meiningen, Frau Sonja Friebertshäuser sowie der Präsident der Rechtsanwaltskammer Thüringen, Herr Rechtsanwalt Helge Kestel.

Hauptthemen der Diskussion waren für den richterlichen und staatsanwaltlichen Bereich, die Verbesserung der Qualität der Ausbildung, der Altersausstieg und die Bezahlung in Thüringen und damit verbundene Probleme.

Leider kam der nichtrichterliche Bereich der Thüringer Justiz an diesem Abend sehr kurz und wurde nur durch die Präsidentin des Landgerichts Meiningen in zwei Sätzen erwähnt.

Nicht alle Wortmeldungen fanden Gehör, so dass hier noch sehr viel Gesprächsbedarf blieb.

Viele Themen unserer Mitglieder und Kollegen aus dem nichtrichterlichen Bereich müssen künftig viel intensiver Erwähnung finden und sind in einigen Punkten auch Deckungsgleich mit dem gehobenen Dienst.

Qualifizierte Ausbildung, bessere Bezahlung, Abläufe und Nutzung der digitalen Vorgaben, um nur Einige zu nennen.

Aus unserer Sicht fehlt es in ganz großem Umfang an der Wertschätzung, die wir Euch heute ausdrücken möchten. Lasst uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass der nichtrichterliche Dienst in der Thüringer Justiz deutlicher wahrgenommen wird, denn die Attraktivität der Berufe in unserem Bereich gilt es genauso zu steigern.

Es lohnt sich in der Justiz zu arbeiten, wir brauchen jeden Einzelnen.

Ronny Mohr
stv. Landesvorsitzender

Landesverband Saar

Fahrt nach Saarburg

Endlich konnten wir nach drei langen Pandemiejahren wieder eine Gewerkschaftsfahrt durchführen. Dieses Mal stand Saarburg auf dem Programm. Los ging es freitagmorgens am 28.04.23 um 08:30 Uhr mit großem Bus des Unternehmens Zarth in Wadern. Von den Zustiegsmöglichkeiten in Sotzweiler und am Saarbrücker Landgericht haben wir uns dann auf den Weg ins schöne Weinstädtchen gemacht. Unterwegs konnten wir uns auf einer Rast an der Saar dann mit belegten Brötchen noch stärken. In Saarburg angekommen bestand dann die Möglichkeit, das touristisch gut erschlossene Hochplateu auf dem Warsberg mit der Saarburger Sesselbahn zu erkunden oder zu Fuß die Weinberge zu entdecken. Auch die Sommerrodelbahn konnte genutzt oder die Glockengießerei, das Mühlenmuseums und das Amüseum besucht werden. Da dieses Jahr keine gebuchte Führung stattfand, hatte man die Möglichkeit, neben den kulturellen Aspekten auch gleich die Gastronomie aufzusuchen und konnte sich bei netten Gesprächen auch mal außerhalb des Dienstes austauschen 😊.

Am späten Nachmittag fuhren wir nach Merzig, wo wir dann im Saarfürst Brauhaus am Yachthafen gemeinsam zu Abend gegessen haben und den Tag Revue passieren ließen. Mit dem Bus ging es schlussendlich wieder zurück zum Landgericht und über Sotzweiler nach Wadern.

Auch wenn es der Wettergott zu Beginn schon wieder nicht gut mit uns meinte, ging alles in Allem wieder ein erfolgreicher Gewerkschaftstag im Kreise von netten und geselligen Kollegen und Kolleginnen zu Ende. Es macht einfach auch mal Spaß, eine gemeinsame Zeit außerhalb des harten Arbeitsalltags miteinander zu verbringen 😊. Bis zum nächsten Mal.

Johannes Sell
Schriftführer, DJG Saar

Landesverband: Saarland

Sommer– und Grillfest 2023

In diesem Jahr hat die DJG Saar wieder ihr beliebtes Sommer- und Grillfest am traditionellen Standort, nämlich an der idyllisch gelegenen Weiheranlage des ASV Niedersaubach, durchgeführt.

Am 14. Juli 2023 haben sich rund 50 Mitglieder bei perfektem Grillwetter am Weiher eingefunden, um miteinander ins Gespräch zu kommen und sich auch mal außerhalb des Arbeitsalltages behördenübergreifend auszutauschen. Bei Schwenker und Würstchen sowie einer großen Auswahl an Kaltgetränken hat es an nichts gefehlt, so dass die letzten bis in die frühen Nachtstunden ausgehalten haben.

Der Vorstand hat vor dem Grillfest eine Vorstandssitzung im Freien mit Blick auf den Weiher und das umliegende Gelände durchgeführt und dabei insbesondere die Vorbereitung unserer diesjährigen Jubiläumsfeier (70 Jahre DJG Saar am 20.10.2023) im Blick gehabt. Eine Vorstandssitzung in diesem Rahmen hat durchaus Wiederholungspotential.

Neben allen Kolleginnen und Kollegen, die an unserer Feier teilgenommen haben, gilt besonderer Dank unseren „Ehrengästen“ Markus Uhl (MdB), Justizstaatssekretär Dr. Jens Diener sowie Nadja Wünsch von der BBBank, die allesamt auch dafür gesorgt haben, dass die Feier für die Landeskasse im Rahmen bleibt.
Es hat wie immer alles gepasst, deshalb dürfen wir uns gemeinsam auf das nächste Grillfest in 2024 freuen.

Dirk Biegel
Landesvorsitzender

Landesverband Rheinland-Pfalz

DJG-Mitglied schreibt Justiz-Roman

Ein Justiz-Roman in der die Deutsche Justiz-Gewerkschaft besondere Erwähnung findet, ist für die DJG-Rheinland-Pfalz auch nicht alltäglich. Daher möchten wir das Buch unserer Kollegin hier vorstellen bzw. die Buch-Vorstellung übernimmt unsere Kollegin Rieke in den folgenden Zeilen selbst. Die Autorin hat den Plot sehr einfühlsam mit all seinen mal schmerzhaften, mal lustigen Momenten in eine besonders spannende und rührige Geschichte verpackt. Wir freuen uns schon auf den 2. Teil!!!

Rolf Spurzem
Landesvorsitzender

Mit dem Recht zu lieben

Mein Name ist Rieke Erichsen. Ich bin Justizbeschäftigte beim Amtsgericht und Mitglied der DJG.
Als im Oktober 2021 zusammen mit einer Arbeitskollegin die Idee aufkam ein Buch zu schreiben, habe ich erst mal einfach drauf losgeschrieben. Ohne zu wissen, wohin mich der Weg eigentlich führen wird.
Doch mir war von Anfang an klar, dass meine Protagonistin angestellt in der Justiz sein sollte. Der Mann, der ihr Interesse weckt, ein Anwalt. So weit, so gut. Doch dann wurde mir klar, ich will das nicht im Amtsgericht spielen lassen. Da muss etwas Größeres ans Werk. Etwas, mit mehr dramatischen Hintergrund.
Nach reichlicher Überlegung habe ich mich dazu entschieden, die Protagonistin solle eine Justizvollzugsbeamte sein, die in der JVA Diez ansässig ist. Der Anwalt, aus Koblenz. Somit haben die beiden Überschneidungspunkte in der JVA bei Mandantenbesuchen und vor dem Landgericht Koblenz bei Vorführungen.

Doch, wie läuft es in so einer JVA eigentlich ab?
Ich selbst, arbeite an einem kleinen Amtsgericht. In einer JVA ist sicherlich mehr Action als bei mir.
Mit Rücksprache einer Kollegin, was ich denn nun machen solle, habe ich mich dazu entschlossen, eine befreundete Gewerkschaft anzufragen und wurde dann an eine JVA verwiesen. Nach ein paar Telefonaten wurde ich eingeladen. Mein netter Kollege vor Ort hat sich meinen Fragen gestellt und mir einen Einblick in den JVA Alltag gegeben. Tatsächlich musste ich einige Szenen, die ich bis dato geschrieben hatte, wieder umschreiben oder gar streichen. Doch ich war froh, nun zu wissen, wie es dort so abläuft. Die Schleusen, die Sicherheitsvorkehrungen und was es für Aufgaben und Bereiche in einer JVA gibt. Mir wurde unter anderem der Job der Besucherkoordinatorin, welchen meine Protagonistin auf Grund ihrer Vorgeschichte zeitweise ausübt, erklärt.
Doch damit nicht genug.
Die Geschichte sollte nicht nur in der Justiz spielen, sie sollte auch dramatisch sein. Meine Protagonistin hat eine unschöne Vergangenheit und ich habe einen Grund gesucht, was ihr Exfreund getan haben könnte, damit er im Gefängnis sitzt.
Die ersten Entwürfe dazu habe ich mit einem Richter ausgeklügelt. Mit dem StGB und Stift und Papier bewaffnet, saßen wir immer wieder zusammen. Haben herumexperimentiert, was glaubhaft klingt, was Sinn macht.
Gerade er hat mir geholfen, das letzte Kapitel, die Gerichtsverhandlung, zu schreiben. Ich habe selbst eine Art Anklageschrift verfasst und habe ihn gebeten, mir zu erklären, was sowohl Richter als auch Staatsanwaltschaft, gegebenenfalls auch ein Anwalt fragen würden. Was würde in Augenschein genommen werden, etc.

Für weitere Recherche habe ich dann eine weitere Richterin mit ins Boot geholt. Nach einigen, teilweise auch langen Telefonaten, unterbreitete sie mir den Vorschlag, dass der Exfreund meiner Protagonistin in Untersuchungshaft sitzt. Wir haben überlegt, was er strafrechtlich begangen habe und wie sich alles fügen könnte. Gerade was Band zwei betraf, war die Idee der Untersuchungshaft eine gute Alternative und die Folgen daraus und was in Band zwei passiert, ein guter Einwand.

Auch meine eigene Mitarbeit in der DJG hat mich inspiriert, der Gewerkschaftsarbeit etwas Raum in Band eins zu geben. Denn ich wollte meine Protagonistin so echt wie möglich in ihrem Arbeitsalltag wirken lassen.

Ich bin unendlich dankbar, so tolle Kollegen zu haben, die mir diese ganze Recherche und das Brainstorming ermöglicht haben. Dass ich so unterstützt und nicht abgewiesen wurde. Ohne diesen Zusammenhalt untereinander hätte diese Geschichte nie das Leben bekommen, dass sie hat. Ohne die Kollegen um mich herum, die Kollegen in den JVAs und die Richter, wäre ich nie so weit gekommen. Ich freue mich sehr darauf, Band zwei und drei fertigzustellen und auf die Hilfe meiner Kollegen zurückgreifen zu können.

Was Zusammenhalt alles bewirken kann, könnt ihr hier lesen.

Rieke Erichsen

Rieke Erichsen
ISBN 9783757912109
als eBook oder Amazon

Landesverband Hamburg

70 Jahre Deutsche Justiz-Gewerkschaft (DJG) in Hamburg

70 Jahre DJG Hamburg

Am Freitag (12. Mai 2023) hatten rund 100 Mitglieder und geladene Gäste dieses besondere Ereignis gewürdigt. Die an diesem Wochenende in Hamburg tagende Bundesleitung der DJG war ebenfalls eingeladen und hat diese Einladung mit seiner Teilnahme gerne angenommen. Nach einer Hafenrundfahrt bei bestem Wetter ging es mit dem Schiff weiter zur Feierlokation dem Schulauer Fährhaus in Wedel.

Bei einem Sektempfang und Fingerfood wurde die Sonne und der herrliche Blick über die Elbe ausgiebig genossen. Nach der Laudatio durch unseren Vorsitzenden der DJG Hamburg, Jörg Osowski, haben auch der frisch gewählte Ehrenvorsitzende des DBB Hamburg Rudolf Klüver, der Präsident des Landgerichts Bernd Lübbe sowie der Vizepräsident des Hanseatischen Oberlandesgerichts Dr. Guido Christensen mit ihren Grußworten und Reden den offiziellen Teil bereichert.

Die von Dr. Christensen weiter vorgetragene Rede, welche er mithilfe einer Software der künstlichen Intelligenz erstellen ließ, versetzte uns schon ins Staunen und macht ein wenig Angst, was die künstliche Intelligenz bereits alles kann. Hier werden wir als Gewerkschaft die Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze sehr genau beobachten müssen.

Im Anschluss an den offiziellen Teil sorgte das Schulauer Fährhaus mit einem leckeren Viergänge-Menü für das leibliche Wohl, damit wir gut gestärkt das Tanzbein schwingen konnten.

Im Rahmen der Veranstaltung fand wieder eine Tombola zugunsten des Kinder-Hospizes Sternenbrücke statt. Die Hauptpreise wurden von unseren Kooperationspartnern der debeka sowie der DBV und der Waterkant Tour gestiftet. Der Erlös der diesjährigen Tombola in Höhe von 1216,20 Euro wurde im Nachhinein dem Kinderhospiz übergeben.

Wir danken allen Spendern und Mitgliedern, dass wieder so eine tolle Summe zusammengekommen ist!

Gegen 23.00 Uhr war die Party dann leider schon wieder vorbei und es ging mit den bereitgestellten Bussen nach Hamburg zurück.

Schön war es und wir freuen uns auf den nächsten Ausflug, die nächste Feier mit Euch!

Euer Landesverband Hamburg

der Deutschen Justiz-Gewerkschaft

Landesverband Hessen

BAG-Urteil Umsetzung in Hessen: EG 9a für Alle?

EG9a für Alle?
Das Land Hessen hat beschlossen, dass die Tarifbeschäftigten der Justiz in EG 9a eingruppiert werden sollen, so sie in dem Arbeitsvorgang mind. 5% höherwertige Tätigkeiten verrichten. Das sind demnach fast alle Beschäftigten, die in einer Servicegeschäftsstelle arbeiten, da die Tätigkeiten in der Servicegeschäftsstelle als ein einziger Arbeitsvorgang gewertet werden. Dabei gilt zu beachten, dass sich die Eingruppierung nach der Wertigkeit der auszuübenden Tätigkeit richtet. Das bedeutet, wenn ein Beschäftigter die Tätigkeitsmerkmale von EG 9a erfüllt, er auch entsprechend einzugruppieren ist. Insoweit hat das BAG eigentlich nur bestätigt, dass die Tarifbeschäftigten mehr oder weniger Jahrzehnte lang falsch eingruppiert sind/waren und korrigiert damit einen Bewertungsirrtum.

Und die Beamten?
Was das jetzt für die „Beamten" bedeutet, bleibt festzustellen, dass es sich um zwei ganz verschiedene Beschäftigungssysteme handelt, die so einfach nicht verglichen werden können. Das wäre so, als würde man die berühmten Birnen mit Äpfeln vergleichen. Beide Systeme haben ihre Vor- und Nachteile, dabei müssen auch die Unterschiede im Gesamten, also nicht nur das Entgelt, sondern auch Sozialleistungen, Flexibilität etc. betrachtet werden. Um ein paar Bsp. zu nennen:

⇒ Beamten kann nicht gekündigt werden, Tarifbeschäftigten schon. Sollte es bspw. nochmal eine „Gerichtsschließungwelle" geben, wären die Kollegen vom Tarif diejenigen, die Gehen müssen. Mit dem Ausstieg aus dem TV-L hatte das Land Hessen "betriebsbedingte Kündigungen" mit dem Übertritt in den TV-H nicht mehr ausgeschlossen.

⇒ Wenn der Beamte erkrankt, erhält er weiter seine vollen Bezüge, der Angestellte bekommt nach 6 Wochen Krankengeld (70% von letzten Netto) und wird nach 72 Wochen „ausgesteuert" und bekommt Geld vom Arbeitsamt. Dem Tarifbeschäftigten kann "wegen Krankheit" gekündigt werden.

⇒ Wenn dem Beamten eine andere Tätigkeit zugewiesen wird, behält er seine Bezüge, der Angestellte kann in bestimmten Fällen herabgruppiert werden, damit ist der Beamte flexibel einsetzbar.

⇒ …

Das die Beamten in A6 anfangen und dann in der A7 hängen ist ein Problem, dass die Landespolitik im Rahmen des Föderalismus lösen muss. Die Klagen bzgl. der Alimentation wurden gewonnen, aber das Land Hessen setzt die Konsequenzen aus dem Urteil nur schleppend und mehr als dürftig um. Wir, die DJG-Hessen, und der DBB können derzeit nicht mehr tun, als diesen Zustand bei jeder Gelegenheit anzuprangern. Wir bleiben natürlich dran!!!

Lohnt es sich noch Sekretariatsleiter oder Ausbilder zu werden?
Das die Leitungen eines Sekretariats oder Serviceeinheit und Ausbilder jetzt die gleiche Bezahlung erhalten, wie alle anderen auch, ist ein Begleitumstand, den wir beim Justizminister und der Staatssekretärin bereits angesprochen haben. Hier müssen aus Sicht der DJG-Hessen neue Perspektiven in Richtung EG9b/EG10 eröffnet werden. Andernfalls wird die Justiz keine Mitarbeiter mehr finden, die solche Tätigkeiten übernehmen wollen.

Was ist mit den Mitarbeitern in der Verwaltung, den Gerichtskassen oder der IT?
Hier stellt sich das HMdJ auf den Standpunkt, dass das Urteil nur die Kollegen aus den Servicegeschäftsstellen beträfe. Wir sind der Meinung, dass grundsätzlich jeder Mitarbeiter zu jeder Zeit einen Antrag auf Höhergruppierung oder Überprüfung seiner Eingruppierung stellen kann. Das Urteil hat in seiner Begründung auf den „Arbeitsvorgang" abgestellt, dabei sei dahingestellt, ob in der Verwaltung, der Gerichtskasse oder der IT.

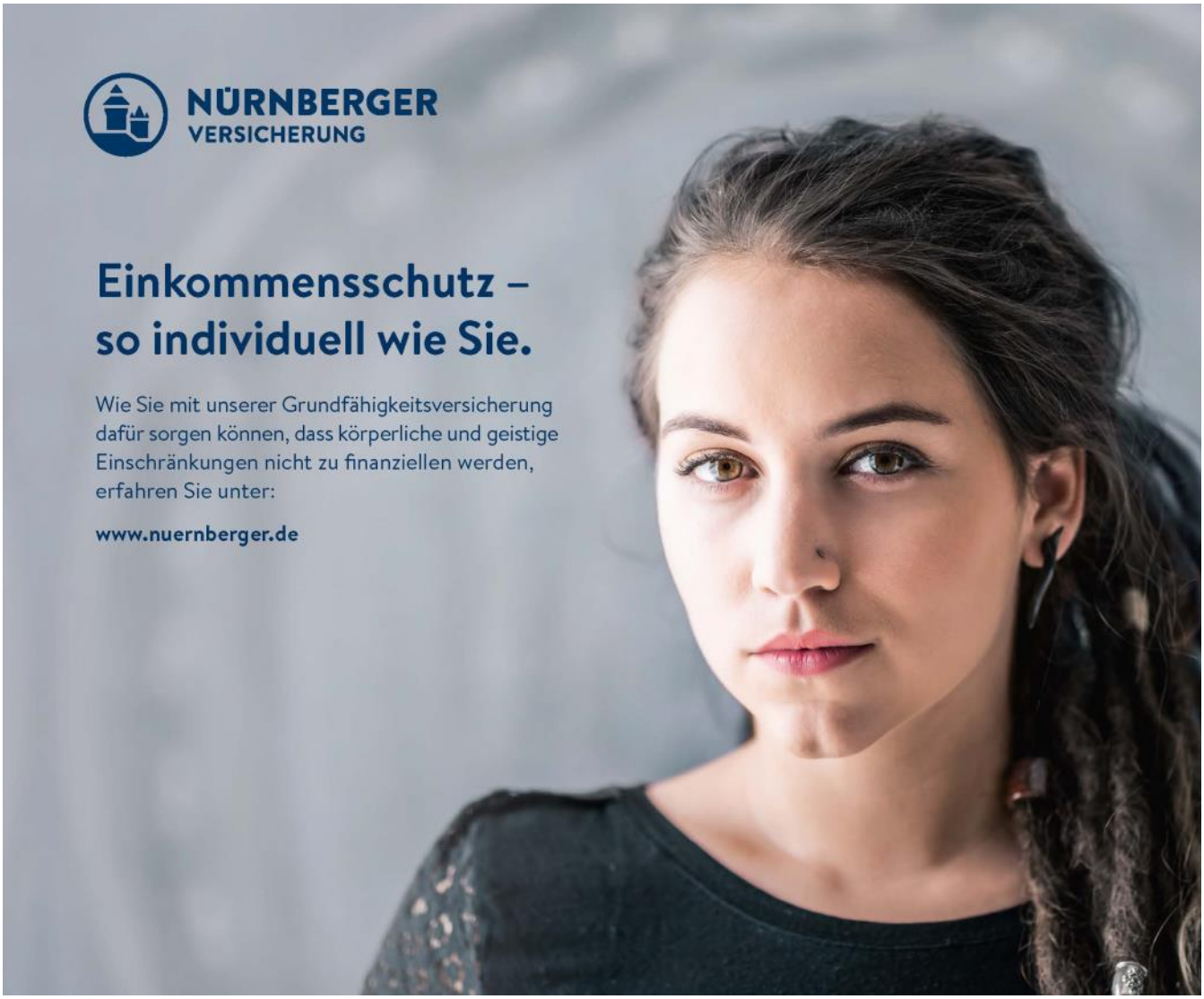
Das die Diskussionen um die Eingruppierung nach dem BAG-Urteil momentan in den einzelnen Dienstzimmern, hochkochen und zu Unmut führen ist klar. Wir Alle müssen dabei aber auch aufpassen, dass wir keine „Neiddebatten" führen und in Diskussionen sachlich bleiben.
Wir werden weiterhin für Verbesserungen für **ALLE** kämpfen!!!

Eure Landesleitung
DJG Landesverband Hessen

Arbeitsvorgang

Die gesamte Tätigkeit eines Beschäftigten setzt sich aus Arbeitsvorgängen zusammen. Ein Arbeitsvorgang ist der kleinste bei natürlicher und vernünftiger Betrachtungsweise abgrenzbare Teil der Gesamttätigkeit. Der Arbeitsvorgang darf nicht unzulässig in mehrere Teile zerlegt (atomisiert) werden.

Deshalb dürfen Zusammenhangsarbeiten, die als untergeordneter Teil einer Arbeitsmessung anzusehen sind, nicht gesondert gewertet werden (z. B. das Prüfen eines Antrags auf Vollständigkeit, das für die Bearbeitung eines Antrags erforderliche Heraussuchen einer Akte oder das Studieren von Fachliteratur zur Lösung der Problemstellung). Der Arbeitsvorgang stellt ein Arbeitsergebnis dar, das von dem Beschäftigten erzeugt werden soll.



Termine 2023:

01./02.09.2023	FB: Tarif
02./03.09.2023	Bundesleitung
04.-07.09.2023	FB: Menschen mit Behinderung
28.09.-01.10.2023	FB: Rechtspfleger
13.-15.10.2023	Bundesleitung
17.-18.11.2023	Bundesleitung
18.-19.11.2023	Bundesvorstand
20.-21.11.2023	Gewerkschaftstag

Impressum:

Herausgeber:
Deutsche Justiz-Gewerkschaft Bund e.V.
Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion

V.i.S.d.P.:
Emanuel Schmidt
Bundesvorsitzender
Geschäftsstelle:
Saarbrücker Str. 69
66625 Nohfelden-Türkismühle
redaktion@djg-bund.de

Redaktion/Layout: DJG-Bundesleitung
Bildmaterial/Illustrationen:
E. Schmidt, S. Wenzel, D. Biegel, E. Schmidt, M. David
Autoren:
Emanuel Schmidt, Michaela Rieck, Sabine Wenzel, Marko David, Rolf Spurzem, Rieke Erichsen, Günther Uhlworm, Dirk Biegel, Erwin Schmidt, Ronny Mohr, Johannes Sell

Für die veröffentlichten Artikel ist der jeweilige Autor verantwortlich.